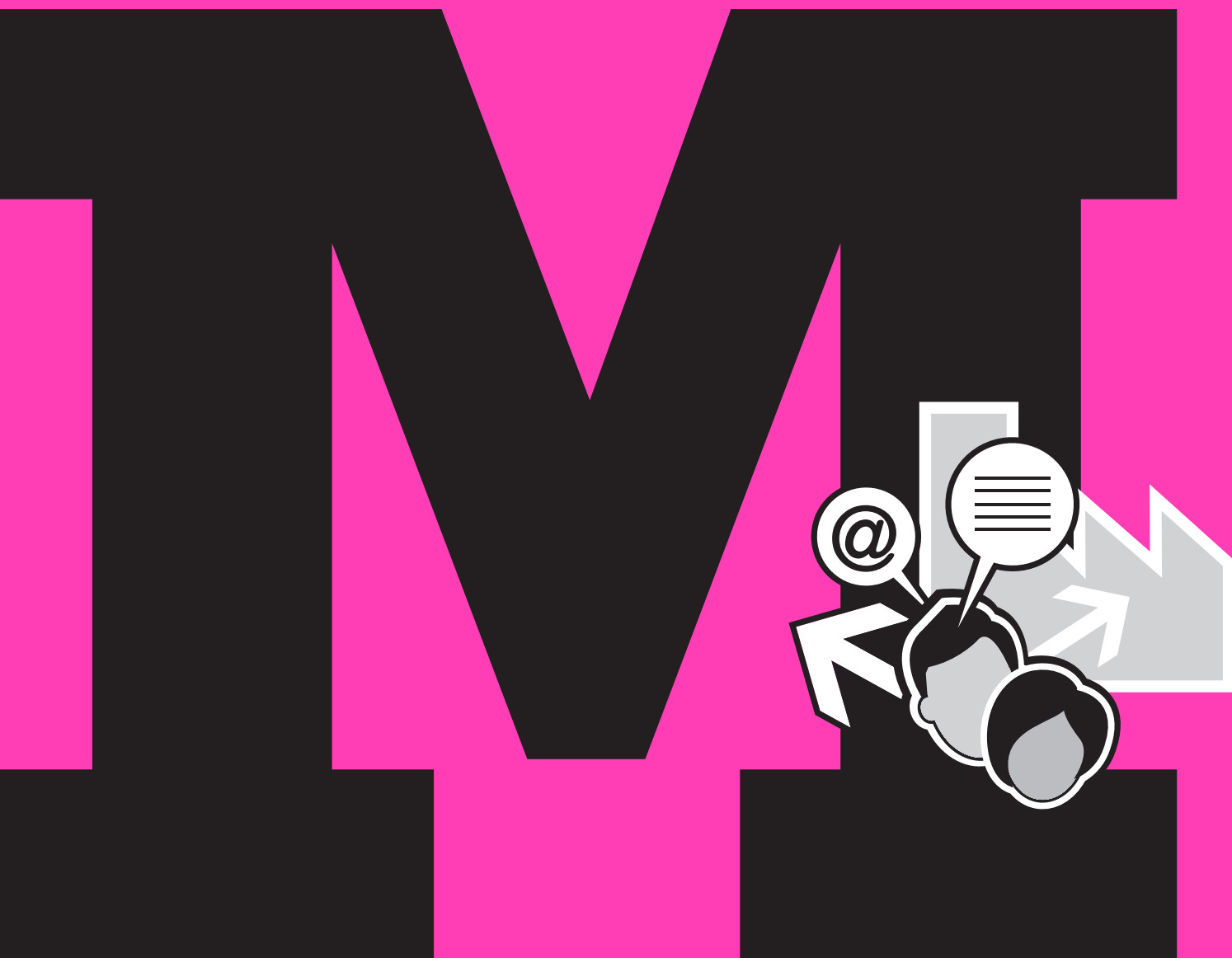




STUDIEN- UND PRÜFUNGSORDNUNG

WEITERBILDENDER MASTERSTUDIENGANG UNTERNEHMENSKOMMUNIKATION UND RHETORIK



**Studien- und Prüfungsordnung für den
weiterbildenden Master-Studiengang
"Unternehmenskommunikation und Rhetorik/Business Communication
and Rhetoric" der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der
Universität des Saarlandes**

Vom 31. Oktober 2019 inkl. Änderungsordnung* vom 2. Dezember 2021

Der Fakultätsrat der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Universität des Saarlandes hat auf Grund von § 64 und § 60 Saarländisches Hochschulgesetz (SHSG) vom 30. November 2016 (Amtsbl. I S. 1080), zuletzt geändert durch Gesetz vom 10. April 2019 (Amtsbl. I S. 412), auf der Grundlage der Rahmenprüfungsordnung der Universität des Saarlandes für Bachelor- und Master-Studiengänge (BMRPO) vom 17. Juni 2015 (Dienstbl. Nr. 65, S. 474) sowie des Kooperationsvertrages zwischen der Universität Koblenz-Landau und der Universität des Saarlandes vom 22.06.2016 mit Zustimmung des Senats der Universität des Saarlandes und des Universitätspräsidiums folgende Studien- und Prüfungsordnung für den weiterbildenden Master-Studiengang "Unternehmenskommunikation und Rhetorik/Business Communication and Rhetoric" der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Universität des Saarlandes erlassen, die hiermit verkündet wird.

Inhalt:

Präambel

- § 1 Geltungsbereich, Art des Studienganges
- § 2 Zugangsvoraussetzungen
- § 2a Eignungsprüfung

1. Abschnitt: Studienordnung

- § 3 Struktur des berufsbegleitenden Studiengangs
- § 4 Gliederung und Aufbau des Masterstudiums, Studienbeginn, Regelstudienzeit, Umfang
- § 5 Leistungspunkte, Studienaufwand
- § 6 Feststellung der Studienzeiten

2. Abschnitt: Prüfungsordnung

- § 7 Zweck der Prüfung, akademischer Grad
- § 8 Prüfungsausschuss
- § 9 Prüfer und Prüferinnen
- § 10 Master-Prüfung
- § 11 Anerkennung von Studien- und Prüfungsleistungen sowie Studienzeiten
- § 12 Bewertung von Studien- und Prüfungsleistungen
- § 13 Master-Arbeit
- § 14 Information über Prüfungsergebnis, Akteneinsicht
- § 15 Wiederholung von Studien- und Prüfungsleistungen
- § 16 Rücktritt, Versäumnis, Täuschung, Ordnungsverstoß
- § 17 Zeugnis, Urkunde, Diploma Supplement, Aufbewahrungsfrist
- § 18 Ungültigkeit von Studien- und Prüfungsleistungen
- § 19 Akteneinsicht, Widerspruchsverfahren

3. Abschnitt: Schlussbestimmung

- § 20 In-Kraft-Treten

*Artikel 1 und Artikel 2 veröffentlicht im Dienstblatt der Hochschulen des Saarlandes, ausgegeben zu Saarbrücken, 10. März 2022

Präambel

Ziel dieses Studienganges ist es, den Studierenden ein breites Wissen um Kommunikationsprozesse jeder Art innerhalb von und zwischen Institutionen und Organisationen, in der medialen Öffentlichkeit, national und international, in wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Dimensionen zu vermitteln. Die Studierenden sollen darüber hinaus lernen, solche Prozesse zu analysieren, kritisch zu bewerten und Konzepte für ihre Gestaltung zu entwickeln und die Fähigkeit erwerben, in solchen Prozessen selbst kommunikativ zu intervenieren oder solche Interventionen zu planen und zu implementieren. Die Praxisorientierung ist die zentrale Zielsetzung des Studiums; es geht um wissenschaftsbasierte Praxisbewältigung bei allen Kommunikationsproblemen.

§ 1

Geltungsbereich, Art des Studienganges

(1) Diese Ordnung regelt Zugangsvoraussetzungen, Inhalt und Aufbau des vornehmlich anwendungsorientierten weiterbildenden Master-Studiengangs "Unternehmenskommunikation und Rhetorik/Business Communication and Rhetoric" sowie den Zweck, den Inhalt und das Verfahren der abschließenden Prüfung einschließlich der Voraussetzungen für die Zulassung zu dieser Prüfung auf der Grundlage von § 60 und § 61 sowie § 64 SHSG.

(2) Die Studienordnung bestimmt das für die Durchführung des Studiengangs zu gewährleistende Lehrangebot (§ 4). Die von den Studierenden für einen erfolgreichen Abschluss des Studiums zu erbringenden Leistungen ergeben sich aus dieser Ordnung.

(3) Der Studienplan (§ 4 Absatz 2) enthält nähere Angaben über den zeitlichen Verlauf, den Gegenstand und den Umfang der einzelnen vorgesehenen Module (Kurse). Er legt damit zugleich fest, wie viele Leistungspunkte durch die erfolgreiche Absolvierung eines Kurses erworben werden können.

§ 2

Zugangsvoraussetzungen

(1) Voraussetzung für den Zugang zum Studium ist ein erfolgreich abgeschlossener erster berufsqualifizierender Hochschulabschluss sowie eine mindestens einjährige einschlägige Berufstätigkeit nach dem ersten Hochschulabschluss.

(2) Eine Berufstätigkeit ist dann als einschlägig zu betrachten, wenn die beruflichen Erfahrungen eine Vertiefung in Richtung der Zielsetzung dieses Studiengangs im Sinne der Präambel nahelegen.

(3) Behinderten Studierenden kann ein Nachteilsausgleich gewährt werden, indem diese entsprechenden vorhandenen entsprechende vorhandene (Grammatik?) Kenntnisse und Erfahrungen auf andere Art als üblich nachweisen können. Über von der Regel abweichende Einzelfallregelungen entscheidet der Prüfungsausschuss. Der Prüfungsausschuss kann diese Aufgabe allgemein oder im Einzelfall auf den Vorsitzenden/die Vorsitzende oder auf den Präsidenten/die Präsidentin des Juristischen Prüfungsamtes übertragen.

(4) Studierende, deren zum Zugang zum weiterbildenden Studium berechtigender Studienabschluss weniger als 210 Leistungspunkte (Credit Points – CP) nach dem European Credit Transfer System (ECTS) aufweist, erhalten für das in den Zugangsvoraussetzungen geforderte Jahr einschlägiger Berufstätigkeit maximal 30 Leistungspunkte angerechnet. Falls das Abschlusszeugnis keine Leistungspunkte

(ECTS) ausweist, gelten 210 Leistungspunkte durch eine mindestens 7-semesterige Regelstudienzeit als nachgewiesen. Insgesamt muss die Summe der Leistungspunkte aus dem zum Studium berechtigenden Studienabschluss und angerechneter Berufstätigkeit 210 Leistungspunkte betragen. Die angerechnete einschlägige Berufstätigkeit wird den betreffenden Studierenden mit Angabe der angerechneten Leistungspunkte auf dem Master-Zeugnis ausgewiesen. Sie ist Bestandteil der Voraussetzungen zum erfolgreichen Abschluss des Studiums. Bei den betreffenden Studierenden gehen die angerechneten Leistungspunkte in den verpflichtenden Umfang des Studiums ein.

(5) Zugang können auch Bewerber/Bewerberinnen erhalten, die über keinen ersten Hochschulabschluss verfügen, wenn sie eine Hochschulzugangsberechtigung gemäß § 77 Abs. 2 SHSG besitzen, eine mindestens dreijährige einschlägige Berufserfahrung nachweisen können und eine Eignungsprüfung bestanden haben. Durch die Eignungsprüfung muss nachgewiesen werden, dass die in der beruflichen Praxis erworbenen Kompetenzen dem für den angestrebten Studiengang einschlägigen ersten Hochschulabschluss entsprechen.

§ 2a Eignungsprüfung

(1) Durch die Eignungsprüfung nach § 2 Absatz 5 soll festgestellt werden, ob die von dem Bewerber/der Bewerberin in der beruflichen Praxis erworbenen Kompetenzen dem abgeschlossenen ersten berufsqualifizierenden Hochschulabschluss entsprechen. In der Eignungsprüfung wird geprüft, ob der Bewerber/die Bewerberin über die notwendigen Voraussetzungen verfügt, die eine erfolgreiche Teilnahme am Studiengang erwarten lassen.

(2) Die Bewerber/Bewerberinnen müssen eine berufliche Tätigkeit ausüben oder ausgeübt haben, die hinreichende inhaltliche Zusammenhänge mit dem Studiengang „Unternehmenskommunikation und Rhetorik/Business Communication and Rhetoric“ aufweist, insbesondere Kenntnisse und Fähigkeiten vermittelt hat, die für den Studiengang förderlich sind.

(3) Die Eignungsprüfung setzt sich aus zwei Bestandteilen zusammen:

- a. der Begutachtung eines einzureichenden Portfolios und
- b. einer dreißigminütigen mündlichen Prüfung.

(4) Die Zulassung zur Eignungsprüfung erfolgt auf einen formlosen schriftlichen Antrag. Der Antrag muss bis spätestens zum 1. Juli eines Jahres bei dem Juristischen Prüfungsamt eingereicht werden. Dem Antrag ist das Portfolio beizufügen. Es umfasst folgende Unterlagen:

1. ein Motivationsschreiben, in dem die Bewerber/Bewerberinnen ihre bisherige Kompetenzentwicklung detailliert darlegen und durch qualifizierte Anlagen belegen (Aufgabenbereiche, Weiterbildungsteilnahmen, Projekte, Arbeitszeugnisse),
2. tabellarischer Lebenslauf,
3. Schulzeugnisse und ggf. Ausbildungszeugnisse,
4. Arbeitszeugnisse bzw. Nachweis über alle praxisrelevanten Tätigkeiten und
5. Nachweis über Prüfungsleistungen, die im Rahmen von Weiterbildungsmaßnahmen erbracht wurden.

(5) Die Zulassung zur mündlichen Eignungsprüfung ist zu versagen, wenn

1. die Unterlagen nach Absatz 4 nicht oder nicht vollständig vorgelegt werden oder
2. die Berufstätigkeit keine hinreichenden inhaltlichen Zusammenhänge zum Studiengang „Unternehmenskommunikation und Rhetorik/Business Communication and Rhetoric“ aufweist oder

3. sich aus den Unterlagen ergibt, dass eine erfolgreiche Teilnahme am Studiengang gem. Absatz 1 Satz 2 nicht erwartet werden kann oder
4. die Voraussetzungen nach § 2 Absatz 5 der Ordnung nicht erfüllt sind.

Über die Zulassung zur mündlichen Prüfung entscheidet der Vorsitzende des Prüfungsausschusses zusammen mit jeweils einem Vertreter/einer Vertreterin der Arbeitskammer, der Handwerkskammer und der Industrie- und Handelskammer. Die Entscheidung wird dem Bewerber/der Bewerberin schriftlich vom Juristischen Prüfungsamt mitgeteilt.

(6) Die mündliche Prüfung dauert für jeden Prüfling i.d.R. dreißig Minuten. Die mündliche Prüfung wird von einem Professor/einer Professorin, der/die als Dozent am Master-Studiengang „Unternehmenskommunikation und Rhetorik/Business Communication and Rhetoric“ beteiligt ist, in Gegenwart eines/ sachkundigen Beisitzers/einer sachkundigen Beisitzerin abgelegt. Mehr als vier Prüflinge sollen nicht gemeinsam geprüft werden. Die mündliche Prüfung ist von dem Prüfer/der Prüferin als „bestanden“ bzw. „nicht bestanden“ zu werten.

(7) In der mündlichen Prüfung sollen die Bewerber/Bewerberinnen nachweisen, dass sie über die Voraussetzungen des Absatzes 1 Satz 2 sowie über die theoretischen und methodischen Kenntnisse zum wissenschaftlichen Arbeiten verfügen. Dies umfasst insbesondere die Kenntnis von unterschiedlichen Wissenschafts- und Forschungskonzepten und die Kenntnis der formalen Regeln des wissenschaftlichen Arbeitens.

(8) Über Verlauf und Inhalt der Prüfung ist eine Niederschrift anzufertigen, in der festgestellt werden:

1. der Name des Prüfers/der Prüferin,
2. der Name des sachkundigen Beisitzers/der sachkundigen Beisitzerin,
3. Beginn und Ende der mündlichen Prüfung,
4. die wesentlichen Gegenstände der mündlichen Prüfung und
5. das Ergebnis der mündlichen Prüfungsleistung.

Die Bewertung erfolgt unmittelbar nach Beendigung der Prüfung unter Ausschluss des Bewerbers/der Bewerberin. Das Ergebnis ist dem Bewerber/der Bewerberin im Anschluss an die Bewertung bekannt zu geben.

(9) Wird die Eignungsprüfung aus von dem Bewerber/der Bewerberin zu vertretenden Gründen nicht angetreten, wird die Eignungsprüfung als „nicht bestanden“ bewertet.

(10) Die Feststellung der Eignung zur Aufnahme des Master-Studiengangs „Unternehmenskommunikation und Rhetorik/Business Communication and Rhetoric“ berechtigt zum Studienbeginn in den unmittelbar darauffolgenden zwei Bewerbungszyklen. Bewerber/Bewerberinnen, deren Eignung nicht festgestellt worden ist, können frühestens an der nächsten regulären Eignungsprüfung erneut teilnehmen. Die nicht bestandene Eignungsprüfung kann höchstens zwei Mal wiederholt werden. Eignungsprüfungen, die an anderen Hochschulen abgelegt wurden, ersetzen die nach dieser Ordnung vorgeschriebene Eignungsprüfung nicht.

(11) Über die bestandene Eignungsprüfung ist eine Bescheinigung auszustellen, die von dem Prüfer unterzeichnet wird.

1. Abschnitt: Studienordnung

§ 3

Struktur des berufsbegleitenden Studiengangs

(1) In dem Studiengang werden die für die abschließende Master-Prüfung erforderlichen Studieninhalte vermittelt durch

1. Lehrtexte, die thematisch unterschiedlichen Kursen zugeordnet sind,
2. netzbasierte Lehrveranstaltungen (Online-Seminare) und
3. die Präsenzveranstaltungen.

(2) Die Teilnahme an den Lehrveranstaltungen ist verpflichtend.

***Artikel 1**

Die Studien- und Prüfungsordnung für den weiterbildenden Master-Studiengang "Unternehmenskommunikation und Rhetorik/Business Communication and Rhetoric" der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Universität des Saarlandes vom 31. Oktober 2019 (Dienstbl. 2020, S. 244) wird wie folgt geändert:

§ 4 Absatz 1 und Absatz 2 erhalten folgende Fassung:

§ 4

Gliederung und Aufbau des Master-Studiums, Studienbeginn, Regelstudienzeit, Umfang

(1) Das zu gewährleistende Lehrangebot umfasst folgende Module:

1. Klassische Rhetorik und rhetorische Basiskompetenzen
2. Unternehmenskommunikation und Recht
3. Interne Kommunikation
4. Externe Kommunikation
5. Unternehmensstrukturen im Wandel: Change Management
6. Journalistische Grundlagen und Kompetenzen
7. Rhetorische Textanalyse und Textproduktion
8. Marketingstrategien
9. Interkulturelle Kommunikation
10. Website-Design, Social Media Content
11. Public Relations, Public Affairs und Krisenkommunikation
12. Kommunikationsprozesse begleiten und beraten
13. Master-Arbeit

(2) Die Regelstudienzeit des Studiengangs einschließlich der Prüfungszeit beträgt fünf Semester. Die ersten vier Semester umfassen jeweils drei Module, im fünften Semester ist die Master-Arbeit anzufertigen; im Einzelnen ist das Studium wie folgt gegliedert:

1. Semester

- Klassische Rhetorik und rhetorische Basiskompetenzen (6 CP)
- Unternehmenskommunikation und Recht (5 CP)
- Interne Kommunikation (5 CP)

2. Semester

- Externe Kommunikation (6 CP)
- Unternehmensstrukturen im Wandel: Change Management (6 CP)
- Journalistische Grundlagen und Corporate Media (6 CP)

3. Semester

- Rhetorische Textanalyse und Textproduktion (5 CP)
- Marketingstrategien (6 CP)
- Interkulturelle Kommunikation (6 CP)

4. Semester

- Website-Design, Social Media Content (6 CP)
- Public Relations, Public Affairs und Krisenkommunikation (5 CP)
- Kommunikationsprozesse begleiten und beraten (6 CP)

5. Semester

- Anfertigung der Master-Arbeit (22 CP)

(3) Der Studiengang erfordert einen Studienaufwand von insgesamt 2.250 Stunden; der wöchentliche Zeitaufwand für die Erbringung von Studien- und Prüfungsleistungen beträgt durchschnittlich 18 – 19 Stunden.

(4) Eine Aufnahme des Studiums ist in der Regel nur zum Wintersemester möglich.

§ 5

Leistungspunkte, Studienaufwand

(1) Für die erfolgreich erbrachten Studien- und Prüfungsleistungen werden Leistungspunkte (Credit Points - CP) nach dem European Credit Transfer System (ECTS) vergeben. Sie entsprechen dem Zeitaufwand, der in der Regel für das Studium der Lehrtexte oder den Besuch der Lehrveranstaltung, die Vor- und Nachbereitung des Lehrstoffes und die Erbringung der Studien- und Prüfungsleistungen erforderlich ist. Die Leistungspunkte werden für das erfolgreiche Erbringen der Studien- und Prüfungsleistungen unabhängig von den hierbei erreichten Bewertungen vergeben.

(2) Im gesamten Studium sind 90 Leistungspunkte zu erlangen; ein Leistungspunkt entspricht einem Studienaufwand von 25 Stunden.

(3) Die nach dem Studienplan vorgesehenen Studien- und Prüfungsleistungen (Einsendeaufgaben, Hausarbeiten, Portfolioarbeiten, Fallstudien, mündliche Prüfungen sowie die Master-Arbeit) sind innerhalb der vorgesehenen Bearbeitungszeit zu erbringen.

(4) Erfolgreich ist die Bearbeitung von Einsendeaufgaben eines Kurses, wenn der/die Studierende einen ernsthaften Bearbeitungsversuch sämtlicher Einsendeaufgaben dieses Kurses unternommen und mindestens die Hälfte dieser Aufgaben bestanden hat.

(5) Die Bearbeitungszeit für die jeweilige Modulabschlussprüfung wird zu Semesterbeginn bekanntgegeben.

§ 6

Feststellung der Studienzeiten

Bei der Feststellung der Studienzeiten, die für die Erbringung von Studienleistungen oder die Einhaltung einer für die Meldung oder Ablegung einer Prüfung oder ihrer Wiederholung vorgeschriebenen Frist maßgeblich ist, werden Verlängerungen und Unterbrechungen von Studienzeiten nicht berücksichtigt, soweit sie

1. durch die Mitwirkung in gesetzlichen oder satzungsmäßig vorgesehenen Gremien der Hochschule, einer Studierendenschaft oder eines Studentenwerks,

2. durch Krankheit, eine Behinderung oder andere von der oder dem Studierenden nicht zu vertretende Gründe,
3. durch Schwangerschaft, die Erziehung eines minderjährigen Kindes oder die Betreuung pflegebedürftiger Angehöriger bedingt waren; im Falle der Nummer 3 ist mindestens die Inanspruchnahme der Fristen entsprechend den §§ 3, 4, 6 und 8 des Mutterschutzgesetzes sowie entsprechend den Fristen des Bundeserziehungsgesetzes über die Elternzeit zu ermöglichen. Unberücksichtigt bleibt ferner ein ordnungsgemäßes einschlägiges Auslandsstudium von bis zu zwei Semestern. Die Nachweise nach den Sätzen 1 und 2 obliegen der oder dem Studierenden.

2. Abschnitt: Prüfungsordnung

§ 7

Zweck der Prüfung, akademischer Grad

(1) Die Rechtswissenschaftliche Fakultät der Universität des Saarlandes bietet Gelegenheit, die Prüfung für den berufsqualifizierenden Abschluss des weiterbildenden Master-Studiengangs „Unternehmenskommunikation und Rhetorik/Business Communication and Rhetoric“ abzulegen. Sie dient der Feststellung, ob der Bewerber/die Bewerberin die Fähigkeit zu selbständigem wissenschaftlichen Arbeiten sowie die Kenntnis vertiefter Grundlagen und wesentlicher Forschungsergebnisse auf dem Gebiet der Rhetorik und Kommunikationswissenschaft besitzt und auf Grund der gesteigerten Anwendungsorientiertheit des Studiengangs in der Lage ist, Kommunikationsprobleme und -aufgaben in und zwischen Organisationen und in der Öffentlichkeit zu erfassen und zu beurteilen.

(2) Die Master-Prüfung umfasst die während des Studiums erbrachten Prüfungsleistungen sowie die Master-Arbeit.

(3) Auf Grund der bestandenen Master-Prüfung wird der akademische Grad „Master of Arts – M.A.“ verliehen.

§ 8

Prüfungsausschuss

(1) Die Durchführung der Master-Prüfung obliegt dem im Dekanat der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Universität des Saarlandes errichteten Juristischen Prüfungsamt. Bei dem Juristischen Prüfungsamt wird hierfür ein Prüfungsausschuss für die Master-Prüfung im Studiengang "Unternehmenskommunikation und Rhetorik/Business Communication and Rhetoric" gebildet, der durch die im Prüfungsamt tätigen Bediensteten organisatorisch unterstützt wird.

(2) Dem Prüfungsausschuss gehören an:

1. drei Vertreter/Vertreterinnen der Gruppe der Hochschullehrer/Hochschullehrerinnen gemäß § 16 Abs. 1 Nr. 1 SHSG,
2. ein Vertreter/eine Vertreterin der Gruppe der akademischen Mitarbeiter/Mitarbeiterinnen gemäß § 16 Abs. 1 Nr. 2 SHSG,
3. ein Vertreter/eine Vertreterin der Gruppe der Studierenden gemäß § 16 Abs. 1 Nr. 3 SHSG.

Das Mitglied aus der Gruppe der Studierenden hat nur beratende Stimme, wenn Fragen zur Entscheidung anstehen, welche die Bewertung der Master-Prüfung betreffen. Die Mitglieder werden durch einen Stellvertreter/eine Stellvertreterin vertreten. Die Mitglieder und deren Stellvertreter/Stellvertreterinnen werden vom Fakultätsrat der Rechts-

wissenschaftlichen Fakultät für die Dauer von zwei Jahren gewählt. Scheidet ein Mitglied oder ein stellvertretendes Mitglied vorzeitig aus, ist für den Rest der Amtszeit eine Ersatzwahl vorzunehmen. Eine Wiederwahl der Mitglieder sowie der stellvertretenden und der zugewählten Mitglieder ist zulässig.

(3) Der Fakultätsrat wählt aus den Mitgliedern nach Absatz 2 Satz 1 Nr. 1 seinen Vorsitzenden/seine Vorsitzende und dessen Stellvertreter/deren Stellvertreterin.

(4) Dem Prüfungsausschuss obliegt es, die Einhaltung der Bestimmungen dieser Prüfungsordnung zu überwachen. Er kann die ihm zugewiesenen Aufgaben allgemein oder im Einzelfall auf den Vorsitzenden/die Vorsitzende oder auf den Präsidenten/die Präsidentin des Juristischen Prüfungsamtes übertragen, soweit in dieser Ordnung nichts anderes geregelt ist.

(5) Der Prüfungsausschuss ist beschlussfähig, wenn seine Mitglieder ordnungsgemäß geladen sind und die Mehrheit der stimmberechtigten Mitglieder anwesend ist. Die Sitzungen des Prüfungsausschusses sind nicht öffentlich. Entscheidungen werden mit der Mehrheit der anwesenden Mitglieder getroffen; bei Stimmgleichheit gibt die Stimme des Vorsitzenden/der Vorsitzenden den Ausschlag. Die Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder sind zur Verschwiegenheit gemäß § 15 Abs. 3 SHSG und den Bestimmungen der Grundordnung der Universität des Saarlandes verpflichtet.

§ 9

Prüfer und Prüferinnen

(1) Zu Prüfern/Prüferinnen können die in der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Universität des Saarlandes tätigen Professoren/Professorinnen im Beamten- und Angestelltenverhältnis, Privatdozenten/Privatdozentinnen und außerplanmäßigen Professoren/Professorinnen, Honorarprofessoren/Honorarprofessorinnen und wissenschaftliche Mitarbeiter/Mitarbeiterinnen bestellt werden; in begründeten Fällen können auch Lehrbeauftragte der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Universität des Saarlandes für den Bereich ihres Lehrauftrags bestimmt werden.

(2) Die Prüfer/Prüferinnen sind in ihren Entscheidungen unabhängig.

§ 10

Master-Prüfung

(1) Zur Master-Prüfung wird auf Antrag zugelassen, wer das ordnungsgemäße Studium des Master-Studiengangs nachweist.

(2) Das ordnungsgemäße Studium besteht aus einem viersemestrigen Studium (§ 4 Absatz 2) und schließt die erfolgreiche Teilnahme an den verpflichtenden Lehrveranstaltungen ein.

(3) Der Antrag auf Zulassung zur Master-Prüfung ist schriftlich bei dem Juristischen Prüfungsamt bis zu dem von ihm bekannt gegebenen Termin einzureichen. Die erforderlichen Antragsformulare und die Mitteilung über die Frist zur Antragstellung werden den Studierenden unaufgefordert rechtzeitig vom Juristischen Prüfungsamt zugesandt.

(4) Dem Antrag auf Zulassung zur Master-Prüfung sind folgende Nachweise beizufügen, sofern sie nicht bereits dem Juristischen Prüfungsamt vorliegen:

1. Nachweis über die erfolgreiche Bearbeitung von mindestens elf der zwölf Module;
2. Nachweis über die Einschreibung an der Universität des Saarlandes für das ordnungsgemäße Studium;

3. Erklärung darüber, ob und ggf. wie oft der Bewerber/die Bewerberin Prüfungsleistungen und prüfungsrelevante Studienleistungen im Master-Studiengang oder gleichwertige Prüfungsleistungen und prüfungsrelevante Studienleistungen in einem anderen Studiengang an einer Universität oder gleichgestellten Hochschule in Deutschland ohne Erfolg erbracht hat sowie ob der Bewerber/die Bewerberin in einem gleichwertigen Studiengang an einer anderen Universität oder gleichgestellten Hochschule sich in einem Prüfungsverfahren befindet oder den Prüfungsanspruch verloren hat.

(5) Die erforderlichen Nachweise sind spätestens mit der Anmeldung vorzulegen. Falls die erforderlichen Unterlagen unverschuldet nicht vorgelegt werden können, kann der Nachweis ihres Inhalts auf andere Weise erbracht werden.

(6) Über die Zulassung entscheidet der Prüfungsausschuss; er kann die Entscheidung dem Präsidenten/der Präsidentin des Juristischen Prüfungsamtes übertragen. Die Zulassung ist zu versagen,

1. wenn die in dieser Ordnung genannten Voraussetzungen nicht erfüllt sind,
2. wenn der Bewerber/die Bewerberin Prüfungsleistungen und prüfungsrelevante Studienleistungen im Master-Studiengang oder gleichwertige Prüfungsleistungen und prüfungsrelevante Studienleistungen in einem anderen Studiengang an einer Universität oder gleichgestellten Hochschule in Deutschland endgültig nicht bestanden und damit den Prüfungsanspruch verloren hat,
3. wenn der Bewerber/die Bewerberin sich in einem gleichwertigen Studiengang an einer anderen Universität oder gleichgestellten Hochschule in einem Prüfungsverfahren befindet oder
4. solange nicht alle für das Studium erforderlichen Entgelte und Beiträge beglichen sind.

§ 11

Anerkennung von Studien- und Prüfungsleistungen sowie Studienzeiten

(1) Über die Anerkennung von Studien- und Prüfungsleistungen, Studienzeiten und Master-Prüfungen an anderen Hochschulen entscheidet der Präsident/die Präsidentin des Juristischen Prüfungsamtes.

(2) An einer inländischen oder ausländischen Hochschule erbrachte Studien- und Prüfungsleistungen sowie Studienzeiten werden anerkannt, sofern hinsichtlich der erworbenen Kompetenzen kein wesentlicher Unterschied zu den Leistungen, die sie ersetzen sollen, nachgewiesen wird. Kein wesentlicher Unterschied besteht, wenn Studienzeiten und die erbrachten Studien-, Prüfungsvor- und Prüfungsleistungen, gemessen in Lernergebnissen, den Anforderungen des Studiengangs (§ 4) genügen. Bei Nichtanerkennung sind die Gründe den Studierenden mitzuteilen. Der Universität obliegt die Beweisführung, d.h. sie hat den Studierenden die Gründe darzulegen. Die von der Kultusministerkonferenz (KMK) und Hochschulrektorenkonferenz (HRK) gebilligten Äquivalenzvereinbarungen sowie Absprachen im Rahmen von Hochschulkooperationsvereinbarungen sind bei der Anerkennung zu beachten.

(3) Bei der Anerkennung von Studienzeiten an ausländischen Hochschulen sowie dort erbrachten Studien- und Prüfungsleistungen sind die von der Kultusministerkonferenz und der Hochschulrektorenkonferenz gebilligten Äquivalenzvereinbarungen sowie Absprachen im Rahmen von Hochschulpartnerschaften zu beachten.

(4) Für Studienzeiten, Studien- und Prüfungsleistungen in staatlich anerkannten Fernstudien gelten die Absätze 2 und 3 entsprechend.

(5) Nachgewiesene gleichwertige Kompetenzen und Fähigkeiten, die außerhalb des Hochschulbereichs erworben wurden, sind bis zur Hälfte der für den Studiengang vorgesehenen CP anzurechnen.

(6) Die Anerkennung von Studienzeiten, Studien- und Prüfungsleistungen, für die Leistungspunkte nach dem European Credit Transfer System (ECTS) vergeben werden, erfolgt von Amts wegen. Hierzu haben die Studierenden dem Juristischen Prüfungsamt Bestätigungen vorzulegen, aus denen sich die Anzahl der Leistungspunkte, die Bewertungen und die Zeitpunkte sämtlicher Prüfungsleistungen in einem anderen Studiengang oder an einer anderen Hochschule ergeben. Die Bestätigungen müssen von denjenigen Hochschulen ausgestellt sein, von denen die Leistungspunkte vergeben wurden. Aus den Bestätigungen muss auch ersichtlich sein, welche Studien- und Prüfungsleistungen nicht bestanden oder erst nach Wiederholung bestanden wurden.

(7) Soweit Studienzeiten, Studien- und Prüfungsleistungen anerkannt werden, die nicht mit Leistungspunkten versehen sind, sind entsprechende Äquivalente zu errechnen und in den Unterlagen des Studierenden/der Studierenden zu vermerken.

(8) Die Anerkennung von Studienzeiten, Studien- und Prüfungsleistungen muss versagt werden, wenn diese im Rahmen des Studiums erbracht wurden, welches gem. § 2 zur Aufnahme des Studiums berechtigt hat.

§ 12

Bewertung von Studien- und Prüfungsleistungen

(1) Die Master-Prüfung ist bestanden, wenn die Master-Arbeit mit mindestens der Note 4,0 bewertet wurde und der Bewerber/die Bewerberin 90 Leistungspunkte erworben hat.

(2) Für die Bewertung der Prüfungsleistung und der prüfungsrelevanten Studienleistungen werden folgende Noten verwendet:

1	=	sehr gut	=	eine hervorragende Leistung;
2	=	gut	=	eine Leistung, die erheblich über den durchschnittlichen Anforderungen liegt;
3	=	befriedigend	=	eine Leistung, die durchschnittlichen Anforderungen entspricht
4	=	ausreichend	=	eine Leistung, die trotz ihrer Mängel noch den Anforderungen genügt;
5	=	nicht ausreichend	=	eine Leistung, die wegen erheblicher Mängel den Anforderungen nicht mehr genügt.

Zur differenzierten Bewertung der Leistungen können Zwischennoten durch Erhöhen oder Erniedrigen der einzelnen Noten um 0,3 gebildet werden; die Noten 0,7, 4,3, 4,7 und 5,3 sind hierbei ausgeschlossen.

(3) Wird die Master-Arbeit von den Prüfern/Prüferinnen unterschiedlich bewertet, so errechnet sich die Note für diese Arbeit als arithmetischer Mittelwert der vorgeschlagenen Noten. Der Mittelwert wird erforderlichenfalls auf eine Stelle nach dem Komma abgerundet.

(4) Eine Prüfung ist nicht bestanden und eine studienrelevante Prüfungsleistung ist nicht erfolgreich erbracht, wenn die Note schlechter als 4,0 ist.

(5) Zur Festlegung einer Gesamtnote für die Master-Prüfung wird das arithmetische Mittel der Noten der Prüfungsleistungen gebildet. Dabei werden alle Prüfungsleistungen jeweils einfach, die Note der Master-Arbeit zweifach gewertet. Bei der Bildung der Gesamtnote wird nur die erste Dezimalstelle nach dem Komma berücksichtigt; eine Rundung findet nicht statt. Die Gesamtnote lautet

bei einem Durchschnitt bis 1,5	=	sehr gut
bei einem Durchschnitt über 1,5 bis 2,5	=	gut
bei einem Durchschnitt über 2,5 bis 3,5	=	befriedigend
bei einem Durchschnitt über 3,5 bis 4,0	=	ausreichend
bei einem Durchschnitt über 4,0	=	nicht ausreichend

Bei einem Notendurchschnitt von 1,0 bis 1,1 wird das Gesamturteil "mit Auszeichnung bestanden" erteilt.

(6) Bei Prüfungsleistungen von Studierenden mit Behinderung sind deren besondere Belange zur Wahrung ihrer Chancengleichheit zu berücksichtigen. Bei körperlichen Behinderungen, die sich auf die Prüfungsleistungen auswirken können, kann der Prüfungsausschuss auf schriftlichen Antrag die Bearbeitungszeiten verlängern, Ruhepausen, die nicht auf die Bearbeitungszeit angerechnet werden, oder sonstige der Behinderung angemessene Erleichterungen z.B. in Form von zusätzlichen Arbeits- und Hilfsmitteln gewähren; in besonders gelagerten Einzelfällen kann die Erbringung gleichwertiger Prüfungsleistungen in anderer Form gestattet werden. Die Beeinträchtigung ist darzulegen und durch amtsärztliches Zeugnis, das die für die Behinderung nötigen medizinischen Befundtatsachen enthält, nachzuweisen. Der Antrag sollte spätestens mit der Anmeldung zur Prüfung gestellt werden. Der Prüfungsausschuss kann diese Aufgabe allgemein oder im Einzelfall auf den Vorsitzenden/die Vorsitzende oder auf den Präsidenten/die Präsidentin des Juristischen Prüfungsamtes übertragen.

(7) Prüfungsleistungen, deren Nichtbestehen endgültig ist, sind in der Regel von mindestens zwei Prüfern/Prüferinnen zu bewerten. Im Falle von benoteten Prüfungsleistungen ergibt sich die Note der Prüfungsleistung aus dem arithmetischen Mittelwert der vorgeschlagenen Noten.

§ 13 Master-Arbeit

(1) Die Master-Arbeit soll zeigen, dass der Prüfling in der Lage ist, ein kommunikationswissenschaftlich bedeutsames Thema oder Projekt innerhalb begrenzter Zeit unter Berücksichtigung der während des Studiums gewonnenen theoretischen Erkenntnisse unter Anwendung wissenschaftlicher Methoden zu bearbeiten, wissenschaftlich fundiert zu reflektieren und die Ergebnisse sachgerecht darzustellen.

(2) Das Thema der Master-Arbeit wird auf Antrag des Prüflings von dem Präsidenten/der Präsidentin des Juristischen Prüfungsamtes im Einvernehmen mit dem betreuenden Prüfer/der betreuenden Prüferin vergeben. Dem Prüfling ist Gelegenheit zu geben, für das Thema der Master-Arbeit Vorschläge zu machen. Das Juristische Prüfungsamt verschickt unaufgefordert rechtzeitig die erforderlichen Formulare. Soll die Master-Arbeit in einer Einrichtung außerhalb der Universität des Saarlandes oder der Universität Koblenz-Landau durchgeführt werden, bedarf es hierzu der Zustimmung des betreuenden Prüfers/der betreuenden Prüferin.

(3) Die Master-Arbeit ist nach der Zulassung des/der Studierenden zur Master-Prüfung in der Regel im fünften Semester studienbegleitend anzufertigen. Dem Prüfling werden vom Juristischen Prüfungsamt schriftlich das Thema der Master-Arbeit sowie der Ausgabe- und der Abgabezeitpunkt bekannt gegeben. Der Zeitpunkt der Ausgabe ist aktenkundig zu machen.

(4) Die Zeit von der Ausgabe des Themas bis zur Abgabe der Master-Arbeit (Bearbeitungszeit) beträgt 17 Wochen. Thema, Aufgabenstellung und Umfang der Master-Arbeit sind so zu begrenzen, dass die Bearbeitungszeit eingehalten werden kann. Der Umfang der Master-Arbeit soll 60 Seiten (einschließlich Gliederung und Literaturverzeichnis) nicht überschreiten.

(5) Auf begründeten Antrag kann der Prüfungsausschuss im Einzelfall die Bearbeitungszeit ausnahmsweise um höchstens einen Monat verlängern. Der Antrag auf Verlängerung muss spätestens einen Monat vor dem Ende der Bearbeitungszeit nach Absatz 4 Satz 1 bei dem Juristischen Prüfungsamt abgegeben worden sein; bei Einsendung durch die Post ist die Frist gewahrt, wenn der Poststempel das Datum des letzten Tages trägt. Der Zeitpunkt der Abgabe ist aktenkundig zu machen. Der Prüfungsausschuss kann diese Aufgabe allgemein oder im Einzelfall auf den Vorsitzenden/die Vorsitzende oder auf den Präsidenten/die Präsidentin des Juristischen Prüfungsamtes übertragen.

(6) Muss die Bearbeitung der Master-Arbeit wegen Krankheit oder aus anderen Gründen, die der Prüfling nicht zu vertreten hat, um mehr als eine Woche unterbrochen werden, so ruht die Frist zur Bearbeitung während dieser Unterbrechung. Der Grund für die Unterbrechung ist von dem Prüfling unverzüglich dem Juristischen Prüfungsamt nachzuweisen, im Krankheitsfall durch amtsärztliches Attest. Auf Antrag an den Prüfungsausschuss werden die Inanspruchnahme der gesetzlichen Mutterschutzfristen, der Elternzeit und die Erfüllung von Familienpflichten berücksichtigt. Wird die Master-Arbeit um mehr als sechs Wochen Dauer unterbrochen, so wird die Bearbeitung abgebrochen. Nach Wegfall der Gründe für die Unterbrechung muss umgehend ein neues Master-Arbeitsthema beantragt werden. Der Prüfungsausschuss kann diese Aufgabe allgemein oder im Einzelfall auf den Vorsitzenden/die Vorsitzende oder auf den Präsidenten/die Präsidentin des Juristischen Prüfungsamtes übertragen.

(7) Der Prüfling kann das Thema der Master-Arbeit nur einmal und nur innerhalb der ersten sechs Wochen der Bearbeitungszeit zurückgeben. Im Falle der fristgerechten Rückgabe muss innerhalb von vier Wochen nach Rückgabe ein neues Thema beantragt werden; mit der Ausgabe des zweiten Themas beginnt erneut die Bearbeitungszeit nach Absatz 4 Satz 1.

(8) Die Master-Arbeit kann auch in Form einer Gruppenarbeit zugelassen werden, wenn der als Prüfungsleistung zu bewertende Beitrag der einzelnen Prüflinge aufgrund der Angabe von Abschnitten, Seitenzahlen oder anderen objektiven Kriterien, die eine eindeutige Abgrenzung ermöglichen, deutlich unterscheidbar und bewertbar ist.

(9) Bei der Abgabe der Master-Arbeit hat der Prüfling zu versichern, dass er die Arbeit - bei einer Gruppenarbeit gemäß Absatz 8 seinen entsprechend gekennzeichneten Teil der Arbeit - selbstständig verfasst und keine anderen als die angegebenen Quellen und Hilfsmittel benutzt hat und dass er weder diese Arbeit noch Teile davon bereits an anderer Stelle zu Prüfungszwecken eingereicht hat. Das Juristische Prüfungsamt sowie die Prüfer/Prüferinnen können die Arbeit diesbezüglich, insbesondere mittels Plagiatsoftware, überprüfen. Bei Verstoß kann die Arbeit als nicht bestanden bewertet werden.

(10) Die Master-Arbeit ist bis zum Ende der Bearbeitungszeit bei dem Juristischen Prüfungsamt in zwei Druckexemplaren und einer digitalen Fassung (RTF, Word oder durchsuchbares PDF- Format) auf einem beiliegenden elektronischen Datenträger (vorzugsweise CD, DVD oder USB-Stick) abzugeben; bei Einsendung durch die Post ist die Frist gewahrt, wenn der Poststempel das Datum des letzten Tages der Bearbeitungszeit trägt. Der Zeitpunkt der Abgabe ist aktenkundig zu machen.

(11) Die Master-Arbeit ist von zwei Prüfern/Prüferinnen zu bewerten, die mit ihrem Einverständnis von dem Präsidenten/der Präsidentin des Juristischen Prüfungsamtes bestellt werden; der Betreuer/die Betreuerin der Master-Arbeit soll Erstprüfer/Erstprüferin sein. Einer der Prüfer/Prüferinnen soll Hochschullehrer/Hochschullehrerin sein. Das Bewertungsverfahren soll in der Regel zwei Monate nicht überschreiten.

§ 14

Information über Prüfungsergebnis, Akteneinsicht

(1) Jeweils unverzüglich nach der Bewertung der Modulabschlussprüfungen und der Master-Arbeit werden den Bearbeitern/Bearbeiterinnen die Ergebnisse mitgeteilt.

(2) Dem Bearbeiter/der Bearbeiterin wird auf Antrag Einsicht in seine/ihre Prüfungsleistung und die Gründe für die Bewertung gewährt. Der Antrag ist innerhalb eines Monats nach der Bekanntgabe des Ergebnisses bei dem Juristischen Prüfungsamt zu stellen, der Ort und Zeit der Einsichtnahme bestimmt.

§ 15

Wiederholung von Studien- und Prüfungsleistungen

(1) Jede Studienleistung, die nicht bestanden wurde, oder jede Prüfungsleistung, die mit einer schlechteren Note als ausreichend (4,0) bewertet wurde oder als nicht bestanden gilt, kann nach Bekanntgabe des Nichtbestehens zum nächstmöglichen Prüfungstermin zweimal wiederholt werden. Die Master-Arbeit kann nur einmal wiederholt werden. Nicht erfolgreich erbrachte gleichwertige Prüfungsleistungen an einer anderen Universität oder gleichgestellten Hochschule in Deutschland werden als nicht erbrachte Leistung nach dieser Ordnung angesehen. Bestandene Einsendeaufgaben oder erfolgreich erbrachte Prüfungsleistungen können nicht wiederholt werden.

(2) Wiederholungsprüfungen sind innerhalb von drei Monaten, ausnahmsweise mit Zustimmung des Präsidenten/der Präsidentin des Juristischen Prüfungsamtes spätestens innerhalb von sechs Monaten nach der vorangegangenen Prüfung abzulegen. Ist die Master-Arbeit nicht bestanden, ist deren Wiederholung innerhalb von sechs Wochen nach der Bekanntgabe des Nichtbestehens zu beantragen. Bei Versäumung der Wiederholungsfrist gilt eine Wiederholungsprüfung als nicht bestanden.

§16

Rücktritt, Versäumnis, Täuschung, Ordnungsverstoß

(1) Ein Prüfling kann von jeder Prüfung jeweils einmal ohne Angabe von Gründen zurücktreten, wenn er seinen Rücktritt dem Juristischen Prüfungsamt persönlich oder schriftlich eine Woche vor dem Prüfungstermin bzw. eine Woche vor Beginn der Bearbeitungszeit mitteilt. Bei schriftlicher Mitteilung ist die Frist gewahrt, wenn der Poststempel das Datum des letzten Tages der Frist trägt.

(2) Eine Prüfungsleistung gilt als nicht bestanden (5,0), wenn der Prüfling einen Prüfungstermin versäumt oder wenn er ohne triftigen Grund nach Beginn der Prüfung von der Prüfung zurücktritt oder die Master-Arbeit nicht innerhalb der Bearbeitungszeit abgibt.

(3) Die für den Rücktritt oder das Versäumnis geltend gemachten Gründe sowie die voraussichtliche Dauer ihres Vorliegens sind unverzüglich schriftlich bei dem Juristischen Prüfungsamt geltend zu machen und nachzuweisen, im Falle der Verhinderung wegen Krankheit durch amtsärztliches Zeugnis, das genügend bestimmte Angaben zum Umfang und zur voraussichtlichen Dauer der durch die Krankheit bewirkten Beeinträchtigung des Prüflings enthalten muss. Der Krankheit des Prüflings steht die Krankheit eines von ihm überwiegend allein zu versorgenden Kindes gleich. Werden die Rücktritts- oder Säumnisgründe anerkannt, kann der Prüfling die Fortführung der Prüfung beantragen; bereits vorliegende Prüfungsergebnisse bleiben erhalten.

(4) Versucht der Prüfling, das Ergebnis seiner Prüfungsleistung durch Täuschung oder Benutzung nicht zugelassener Hilfsmittel zu beeinflussen, gilt die betreffende Prüfungsleistung als nicht bestanden (5,0). Ein Prüfling, der den ordnungsgemäßen Ablauf der Prüfung stört, kann von dem jeweiligen Aufsichtsführenden nach vorangegangener Verwarnung von der Fortsetzung der Prüfung ausgeschlossen werden; in diesem Falle gilt die zu erbringende Prüfungsleistung als nicht bestanden (5,0). In schwerwiegenden Fällen kann der Prüfungsausschuss den Prüfling von der Erbringung weiterer Prüfungsleistungen ausschließen.

(5) Für den Prüfling nachteilige Entscheidungen nach den Absätzen 3 und 4 sind ihm unverzüglich schriftlich bekannt zu geben, zu begründen und mit einer Rechtsbehelfsbelehrung zu versehen.

(6) Die Bestimmungen der Absätze 1 bis 5 gelten auch für die Anfertigung der Klausuren in Präsenzveranstaltungen der ersten drei Semester.

§ 17

Zeugnis, Urkunde, Diploma Supplement, Aufbewahrungsfrist

(1) Ist die Master-Prüfung bestanden, erhält der Absolvent/die Absolventin innerhalb eines Monats ein Zeugnis, das die Note der Master-Arbeit, der Modulabschlussprüfungen sowie die Gesamtnote der Master-Prüfung enthält. In das Zeugnis wird auch das Thema der Master-Arbeit aufgenommen. Ebenso werden alle Veranstaltungen des Studiengangs genannt, in denen die erfolgreiche Teilnahme nachgewiesen wurde. Auf Antrag des Absolventen/der Absolventin ist die bis zur Beendigung der Master-Prüfung benötigte Fachstudiendauer in das Zeugnis aufzunehmen.

(2) Als Datum des Zeugnisses ist der Tag einzutragen, an dem die letzte Prüfungsleistung erbracht wurde. Das Zeugnis wird von dem Präsidenten/der Präsidentin des Juristischen Prüfungsamtes unterschrieben und mit dem Siegel der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Universität des Saarlandes versehen.

(3) Gleichzeitig mit dem Zeugnis der Master-Prüfung wird dem Absolventen/der Absolventin eine Urkunde über die Verleihung des akademischen Grades eines „Master of Arts – M.A.“ mit dem Datum des Zeugnisses ausgehändigt, die die Gesamtnote der Master-Prüfung enthält. Die Urkunde wird von dem Dekan/der Dekanin der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Universität des Saarlandes unterzeichnet und mit dem Fakultätssiegel versehen. Mit der Urkunde wird dem Absolventen/der Absolventin der Grad eines "Master of Arts – M.A." verliehen.

(4) Mit dem Zeugnis erhält der Absolvent/die Absolventin ein Diploma Supplement in deutscher und englischer Sprache. In das Diploma Supplement werden die im Zeugnis aufgeführten Noten ergänzt um eine European Credit Transfer System (ECTS)-Note

aufgenommen, die über das Abschneiden des Prüflings im Verhältnis zu den anderen Studierenden des jeweiligen Studienjahres Auskunft gibt. Diese Benotung lautet wie folgt:

A für die besten 10 % der Studierenden,
B für die nächsten 25 % der Studierenden,
C für die nächsten 30 % der Studierenden,
D für die nächsten 25 % der Studierenden,
E für die nächsten 10 % der Studierenden.

(5) Auf Antrag des Absolventen/der Absolventin können Zeugnis und Urkunde in englischer Sprache ausgefertigt werden.

(6) Unterlagen über Studien- und Prüfungsleistungen (Hausarbeiten, Fallstudien, Portfolioarbeiten, Präsentationen, und Master-Arbeiten, sowie diesbezüglich Gutachten und Protokolle) werden fünf Jahre nach Abschluss der letzten Prüfungsleistung (Datum des Zeugnisses) aufbewahrt.

§ 18

Ungültigkeit von Studien- und Prüfungsleistungen

(1) Hatte der Absolvent/die Absolventin bei einer Prüfungsleistung oder prüfungsrelevanten Studienleistung getäuscht und wird diese Tatsache erst nach der Aushändigung des Zeugnisses bekannt, so kann der Prüfungsausschuss nachträglich die Noten für diejenigen Prüfungsleistungen oder prüfungsrelevanten Studienleistungen, bei deren Erbringung der Absolvent/die Absolventin getäuscht hatte, berichtigen und die Prüfung ganz oder teilweise für nicht bestanden (5,0) erklären.

(2) Waren die Voraussetzungen für die Zulassung zur Prüfung nicht erfüllt, ohne dass der Absolvent/die Absolventin hierüber hatte täuschen wollen, und wird diese Tatsache erst nach der Aushändigung des Zeugnisses bekannt, so wird dieser Mangel durch das Bestehen der Prüfung geheilt. Hatte der Absolvent/die Absolventin die Zulassung zur Prüfung vorsätzlich zu Unrecht erwirkt, so entscheidet der Prüfungsausschuss nach den entsprechend anzuwendenden Regelungen in § 48 SVwVfG über die Rücknahme der Prüfungsentscheidung.

(3) Dem Absolventen/der Absolventin ist vor einer Entscheidung des Prüfungsausschusses Gelegenheit zur Äußerung zu geben.

(4) Ein unrichtiges Prüfungszeugnis, eine unrichtige Bescheinigung oder eine unrichtige Master-Urkunde sowie ein unrichtiges Diploma Supplement sind einzuziehen und erforderlichenfalls berichtigt neu zu erteilen.

(5) Eine Entscheidung nach Absatz 1 und Absatz 2 Satz 2 ist nach fünf Jahren seit dem Erbringen der letzten Prüfungsleistung ausgeschlossen.

§ 19

Akteneinsicht, Widerspruchsverfahren

(1) Nach Abschluss des Prüfungsverfahrens kann der Prüfling auf seinen Antrag die vollständigen Prüfungsakten einsehen.

(2) Gegen die Entscheidung über das Ergebnis der Prüfung findet das Widerspruchsverfahren gemäß § 68 VwGO statt. Über den Widerspruch entscheidet der Prüfungsausschuss, im Fall von Einwänden gegen die Bewertung einzelner Prüfungsleistungen auf der Grundlage einzuholender Stellungnahmen der am Zustandekommen der Bewertung beteiligten Prüfer/Prüferinnen.

3. Abschnitt: Schlussbestimmung

§ 20 Inkrafttreten

Diese Ordnung tritt am 1. Oktober 2020 in Kraft. Sie wird im Dienstblatt der Hochschulen des Saarlandes bekannt gemacht. Zugleich tritt die Studien- und Prüfungsordnung für den weiterbildenden Master-Studiengang „Unternehmenskommunikation und Rhetorik/Business Communication and Rhetoric“ vom 28. April 2016 (Dienstbl. 2016, S. 516) außer Kraft.

***Artikel 2**

Diese Änderungsordnung tritt am 1. Oktober 2021 in Kraft.

Saarbrücken, 3. März 2022

Der Universitätspräsident
(Univ.-Prof. Dr. Manfred Schmidt)